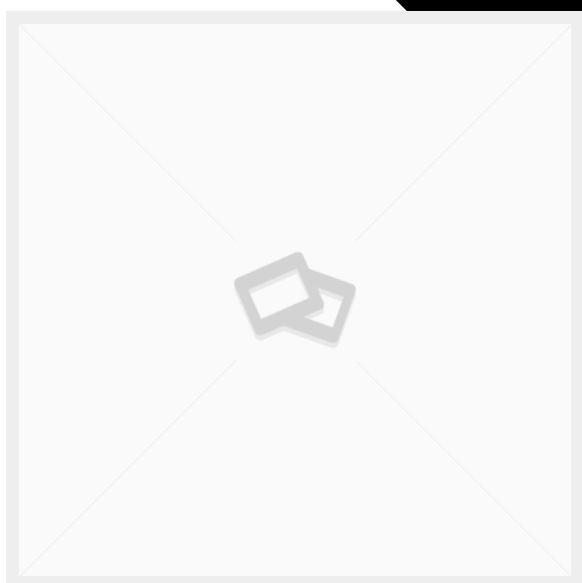


DIE ANFORDERUNGEN AN EU- ZUCKERMARKTORDNUNG IST AB 2006 ERFORDERLICH



am 2. April 2005
[Beschlüsse](#), [Landwirtschaft](#),
[Sachsen-Anhalt](#) [Wirtschaft](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die FDP ist für eine marktwirtschaftliche Reform der Zuckermarktordnung mit Augenmaß

Die unternehmerischen Entwicklungen und die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land erfordern einen Schutz in die gesetzlichen Regelungen und entsprechende Maßnahmen bei der Änderung der EU-Zuckermarktordnung.

Der Rübenanbau ist ein wichtiger Bestandteil der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt

Die notwendigen Änderungen der Zuckermarktordnung müssen behutsam vorgenommen werden. Die Interessen der drei Zuckerfabriken mit den Standorten in Magdeburg, Schwanzeleben, Pfeiffer & Langen in Könnern und Südzucker in Magdeburg zu gewährleisten. Der wirtschaftliche Anbau von Zuckerrüben in Deutschland auf den dafür geeigneten Standorten auch

Anpassung der Zuckermarktordeung der EU-Kommission

Die Mitteilung der Kommission vom 14. Juli 2004 ist eine geeignete Diskussionsgrundlage für die Überarbeitung der Zuckermarktordeung. Sie bedarf jedoch gewisser Anpassungen im Hinblick auf die Notwendigkeiten der „Welthandelsrunde“.

Wegen der Besonderheiten der Zuckerproduktion in Deutschland eine Quotenregelung zu akzeptieren, sie muss jedoch abgebaut werden, um den Wettbewerb ermöglichen. Rückführung der Exporte

Aus handels- und entwicklungspolitischen Gründen ist das Recht kritisierten gestützten Exporte zurückzuführen. Die vorübergehende Öffnung der europäischen Märkte für Zucker anderer Produktionsländer ist notwendig, um die Wettbewerbsbedingungen auf dem deutschen Markt führen. Die WTO vorgegebene Maß für den Abbau des Außenschutzes.

Wertschöpfung im ländlichen Raum

Die oben angesprochene marktwirtschaftliche Form der Zuckerproduktion mit Augenmaß muss die davon abhängigen Arbeitsplätze und die damit verbundene Wertschöpfung ebenso berücksichtigen wie die handelspolitischen Notwendigkeiten.

Fazit

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert die Bundesregierung auf, entsprechende Initiativen im Bundestag zu ergreifen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat ihren Einfluss geltend zu machen.